

Dienstwagen-Affäre: Der OB hat bezahlt

MARIENBERG/ZSCHOPAU - Vor dem Amtsgericht Marienberg mussten sich gestern Zschopaus Oberbürgermeister Klaus Baumann (53, CDU) und Hauptamtsleiter Uwe Gahut (48) verantworten. Die Anklage: Untreue.

Baumann hatte sich vom Stadtrat einen Dienstwagen (Wert: 20 000 Euro) absegnen lassen. Worüber er nichts sagte, war die Privatnutzung des Autos. Speziell sein Korsika-Urlaub erzürnte den Rat - Anzeige. Tatsächlich aber gab es einen Vertrag zur Privatnutzung, den Baumann über den Hauptamtsleiter mit der Stadt abgeschlossen hatte. Doch er enthielt nichts darüber, wie viel er zahlen sollte. Richter Jochen Sell: „Die Formulierungen sind schwammig.“ Gahut: „Der OB zahlte ein Prozent des Autowertes, die Kilometer sollten nach dem ersten Jahr errechnet werden.“ Dafür berappte Baumann auch 675,44 Euro. Dennoch: „Es geht darum, dass der OB mit sich selbst ein Geschäft gemacht haben soll“, sagte Richter Sell. Verwaltungsfachwirt Gahut: „Wir haben es halt nicht besser zu formulieren gewusst.“

Er und Baumann beziehen sich auf die Hauptsatzung der Stadt, nach der der OB bis zu einer Nutzungsgebühr von 10 000 Euro auch ohne Stadtratsbeschluss über Städtigentum verfügen kann. Die Kläger von den Freien Wählern pochen dagegen auf die Gemeindeordnung, nach der der Stadtrat zumindest zu informieren ist. Fortsetzung Montag. **dkl**



Auf der Anklagebank: Oberbürgermeister Klaus Baumann (r.) mit seinem Anwalt Knut-André Habelt.

Foto: Meinhold